

Schopfheim

21.01.2016

Windkraftgegner setzen auf Kraft des Wassers

Informationen zur Energieversorgung in Region. CO2-freie Energie aus Wasserkraftwerken



Der Stromverbrauch in der Region (Hoch- und Oberrhein) wird seit jeher maßgeblich aus erneuerbarer, CO-freier Energie gedeckt – der Wasserkraft. Und das ist nur einer von vielen Aspekten, die aus Sicht der Windkraftgegner in und um Gersbach in der Debatte um Windkraft zu kurz kommen. Mit Blick auf die Pläne der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein, Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen, sehen sie sich veranlasst, einmal generell über die Energieversorgung der Region zu informieren.

So weisen die Windkraftgegner darauf hin, dass die bis heute bestehende

grenzüberschreitende 110 kV-Netz-Versorgungseinheit seit über 100 Jahren das Rückgrat der Stromversorgung im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz ist. Deutschland besitze hier keine ausschließlich eigenen, für die verlässliche Stromversorgung relevanten Kraftwerke. Vielmehr bezieht der Südwesten seit Beginn der elektrischen Stromversorgung vor rund 110 Jahren CO-freien Strom aus der Wasserkraft vom Hochrhein und seit dem Bau des Rhein-Seitenkanals auch vom Oberrhein. Und Wasserkraft, so die Windkraftgegner, „gilt als die sauberste aller regenerativer Energien und besitzt im Gegensatz zur Windenergie Regel- und Grundlastfähigkeit“.

In der Summe stünden im Südwesten 2274 Megawatt (MW) regenerative Generatorenleistung (Wasserkraft) zur Verfügung. Dazu kommen Leistungen der Atomkraftwerke Leibstadt (Schweiz) mit 1200 MW und Fessenheim (Frankreich) mit rund 1800 MW, „wobei letzteres jedoch nach Verlautbarungen in Bälde entfallen dürfte“. Dem stehe ein geschätzter Bedarf der Hochrheinversorgung von 700 MW und der des Oberrheins von 800 MW gegenüber. „Für den Südwesten“, argumentieren die Gegner, „ist damit im Grundsatz bereits heute von einer Überversorgung mit CO-freier, grundlastfähiger und regelbarer Energie auszugehen“. Der gelieferte Strom-Mix der Hochrheinschiene (Schweizer-Mix) bestehe zu 57,9 Prozent aus Laufwasser- und Speicherkraftwerkenergie, der Mix der Oberrheinschiene etwa zu 35 bis 40 Prozent aus Laufwasserkraftwerk-Energie. Das aktuelle Ziel der Bundesregierung also – bis 2025 auf einen Anteil von 40 bis 45 Prozent erneuerbare Energien am Bruttostromverbrauch zu kommen – sei demnach im Südwesten „schon seit Langem erreicht“.

In diesem Zusammenhang weisen die Windkraftgegner auf einen weiteren Aspekt hin – der Frage, wie groß eigentlich das CO-Einsparpotenzial ist. Der fossile Anteil am hiesigen Strom-Mix betrage insgesamt gerade rund sechs Prozent. „Hieraus – und gemeint ist ausschließlich hieraus – würden sich dann die theoretisch möglichen CO-Einsparpotenziale errechnen.

“ Soweit es um den Bau von Windkraftanlagen im Schwarzwald gehe, die in der Regel in Waldgebieten entstehen, seien da allerdings die Verluste an bewaldeten Flächen gegenzurechnen. Eine wesentliche Funktion des Waldes sei „nämlich die, dass der Wald eine äußerst wertvolle Kohlenstoffsene darstellt“. Außerdem weisen die Windkraftgegner darauf hin, dass es in dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vornehmlich um die Energieversorgung, nicht um bloße Energieerzeugung gehe.

Windenergie aber sei in höchstem Maße „volatil“, sprich unkonstant. Sie allein eigne sich daher nicht dazu, einen Beitrag zu Versorgungssicherheit zu leisten. „Der installierten

Nennleistung nach müsste der bundesweite Strombedarf gedeckt werden können. Tatsächlich dümpelt die produzierte Leistung über Stunden, Tage ja Wochen im niedrigen einstelligen Prozentbereich der installierten Nennleistung“, schreiben die Windkraftgegner. Beim aktuellen Ausbauzustand der Windkraftanlagen im Südwesten sei allerdings bereits heute feststellbar, „dass die von ihnen verursachten volatilen und unkoordinierten Einspeisungen die Wasserkraft als grundlastfähige Erzeugungsform ruinieren“. So müsse wegen der volatilen Einspeisungen (Wind/Sonne) inzwischen der Energiedienst beim modernsten Wasserkraftwerk Europas in Rheinfelden in der Spitze die Leistung um bis zu 50 Prozent drosseln. „Das Rheinwasser fließt dann ungenutzt über die Schütze ab. Das ist pervers“, so der Hinweis der Windkraftgegner.

Dabei gebe die „auf einem exorbitant hohen Anteil von Strom aus Wasserkraft basierende Versorgung des Südwestens uns hier die Möglichkeit, die Dinge zu Ende zudenken und auf dem belastbaren Ergebnis aufbauend dann zukünftig die Technologien einzusetzen, welche eine bedarfsgerechte, konsistente und kontinuierliche Stromversorgung unter Einbeziehung einer adäquaten Speicherung sicherstellen“. Bei Sachbearbeitern und Entscheidern in Behörden, aber auch der Öffentlichkeit fehle es hier aber „an unabdingbaren, vertieften Kenntnissen zu den physikalischen Tatsachen der Versorgung unserer Region mit elektrischer Energie, den daraus resultierenden Implikationen sowie der Bedeutung des Ausbaus der Windenergie“. Nicht ausreichende Fachkenntnisse aber würden die Rechtmäßigkeit von behördlichen Entscheidungen in Frage stellen. „So sind unter Umständen die Voraussetzungen der erforderlichen gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen gar nicht erfüllt beziehungsweise notwendige Abwägungen fehlerhaft“. Daraus könnten rechtswidrige Plan- beziehungsweise Genehmigungsentscheidungen resultieren. „Abwägungsrelevantes Tatsachenmaterial“ sei immer „umfassend zu ermitteln“. Eine Beschränkung auf „ungeprüfte und von den tatsächlichen Gegebenheiten eines Planungsraumes, einer Örtlichkeit losgelöste Wiedergabe von abstrakten Zielen, wie das sogenannte öffentliche Interesse an der Umsetzung der Energiewende, kann dagegen nicht ausreichen“.